

Regionaler Wohlfahrtsindex (RWI) für Bayern

Während Bayerns Bruttoinlandsprodukt (BIP) zunimmt, nimmt der Lebensstandard für viele Menschen ab. Woran das liegt, und was sich ändern muss.

Bayern ist ein reiches Land. Aber viele Menschen profitieren nicht von diesem wirtschaftlichen Wohlstand – auch wenn die Staatsregierung stets behauptet, im Freistaat gebe es keinen großen Veränderungsbedarf. Wie ungleich Bayern sich tatsächlich entwickelt hat, zeigt jetzt der **Regionale Wohlfahrtsindex (RWI) auf**, den das Institut für Interdisziplinäre Forschung (FEST) im Auftrag der Landtags-Grünen ermittelt hat.

Denn während Bayerns **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** – das in der Regel als Indikator für den Wohlstand eines Landes gesehen wird – zunimmt, nimmt gleichzeitig der Lebensstandard für viele Menschen sogar ab, so das Ergebnis des RWI. Wie kann das sein?

Der RWI im Vergleich zum BIP:

Bayerns Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist hoch. Aber was sagt es tatsächlich über unseren Wohlstand aus? Die Antwort ist: Wenig. Denn das BIP hat nur das wirtschaftliche Wachstum im Fokus. Der Blick auf die vergangenen zwei Jahrzehnte vor allem in den entwickelten Industrieländern zeigt: Wirtschaftswachstum führt nicht zwangsläufig zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung insgesamt. Wirtschaftswachstum führt nicht einmal zur Erhöhung des Einkommensniveaus bei den meisten Menschen.

Dies bestätigt auch der **Regionale Wohlfahrtsindex (RWI)** für Bayern. Er liefert konkrete Erkenntnisse zum Wohlstand im Freistaat und basiert auf dem Nationalen Wohlfahrtsindex 3.0. Anders als beim BIP, rechnet der RWI zahlreiche Faktoren, darunter private und staatliche Konsumausgaben, den Wert ehrenamtlicher Arbeit und Familienarbeit oder Kosten durch Luftverschmutzung und nicht ausreichenden Klimaschutz in die Bewertung ein. Auch viele andere Bundesländer nutzen den RWI als Orientierungshilfe, darunter Schleswig-Holstein, Thüringen und Rheinland-Pfalz.

Das Ergebnis: Während das BIP in den letzten 20 Jahren um fast die Hälfte angestiegen ist, liegt der RWI-Wert des Jahres 2019 um nur drei Indexpunkte höher als 1999. Berücksichtigt man den Zuwachs der Bevölkerung in Bayern (um knapp neun Prozent in diesem Zeitraum), dann ist die Wohlfahrt – pro Kopf gerechnet – sogar um vier Indexpunkte gesunken. Das bedeutet: Der Lebensstandard der Menschen in Bayern ist – pro Kopf gesehen – **heute sogar niedriger als 1999.**

Zwei der wichtigsten Ursachen dafür:

a) Steigende Einkommensungleichheit

Hohe Einkommen sind erheblich stärker gewachsen als niedrige Einkommen: So sind im Zeitraum 1999 bis 2019 die verfügbaren Einkommen der einkommensstärksten Gruppe in Bayern (die „oberen zehn Prozent“ der Einkommen) **um rund 30 Prozent** gewachsen. Die Einkommen der einkommensschwächsten Gruppe hingegen (die „unteren zehn Prozent“ der Einkommen) sind seit 1999 in etwa **gleich geblieben**.

Auswirkung auf den gesellschaftlichen Wohlstand: Die sogenannte Schere zwischen niedrigen und hohen Einkommen geht stetig weiter auf, wie der RWI aufzeigt. Die steigende Einkommensungleichheit führt zu sozialer Ungleichheit, womit auch die Chancengerechtigkeit in Bayern sinkt. Um mehr Menschen in Bayern einen höheren Lebensstandard zu ermöglichen, müssten die Einkommensunterschiede verringert werden.

Ausblick in die Zukunft: Würde es gelingen, die Einkommensungleichheit zu verringern und wieder auf das Niveau von 1999 zurückzuführen – dann würde dies den RWI bis 2030 um 21,8 Punkte steigern.

b) Umweltkosten: Wachsende Ausgaben durch Treibhausgase

Umweltkosten sind Kosten, die der Allgemeinheit beispielsweise durch steigende Treibhausgas-Emissionen, Naturkatastrophen oder durch den Verbrauch fossiler Energieträger entstehen.

Allein die Kosten, die durch in Bayern emittierte **Treibhausgase** entstehen, sind seit 2007 von jährlich 14,4 Milliarden Euro auf 19,5 Milliarden Euro in 2019 angestiegen (siehe Grafik „K18: Kosten durch Treibhausgase“). Berechnet sind hier Kosten, die im Zuge des Klimawandels beispielsweise aufgrund von Wasserknappheit, Hitzewellen, Ernteaussfällen, Naturkatastrophen oder gesundheitlichen Schäden entstehen – verursacht durch Treibhausgas-Emissionen etwa von Industrie, Gewerbe, Verkehr oder Haushalten in Bayern.

Das Problem: Obwohl sich die Emissionsmenge Bayerns zwischen 2007 und 2019 leicht verringert hat, sind die Kosten dafür trotzdem angestiegen. Grund: Jede zusätzliche Tonne Treibhausgas verstärkt die Probleme in betroffenen Regionen – was in der Folge zu immer höheren Kosten führt, um die Auswirkungen abzufedern.

Ausblick in die Zukunft: Wenn der Ausstoß von Treibhausgasen deutlich reduziert wird, etwa, weil Erneuerbare Energien verstärkt ausgebaut werden, sinken die Kosten, und der gesellschaftliche Wohlstand steigt wieder. Sollte Bayern seine von der Staatsregierung gesetzten Klima- und Umweltschutzziele erreichen, würde dies den RWI bis 2030 stark steigern – um 11,4 Punkte.

Dazu **Katharina Schulze**, Fraktionsvorsitzende der Landtags-Grünen: „Wohlstand bedeutet mehr als nur Wirtschaftswachstum: Die Staatsregierung muss ihre Instrumente und Maßnahmen viel gezielter auf konsequenten Klima- und Umweltschutz, faire Chancen und besonders armutsgefährdete Personengruppen hin ausrichten. Das hat der Regionale Wohlfahrtsindex jetzt klar bestätigt. Wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit in Bayern! Ziel muss sein, dass viel mehr Menschen vom wirtschaftlichen Erfolg des Freistaats profitieren.“

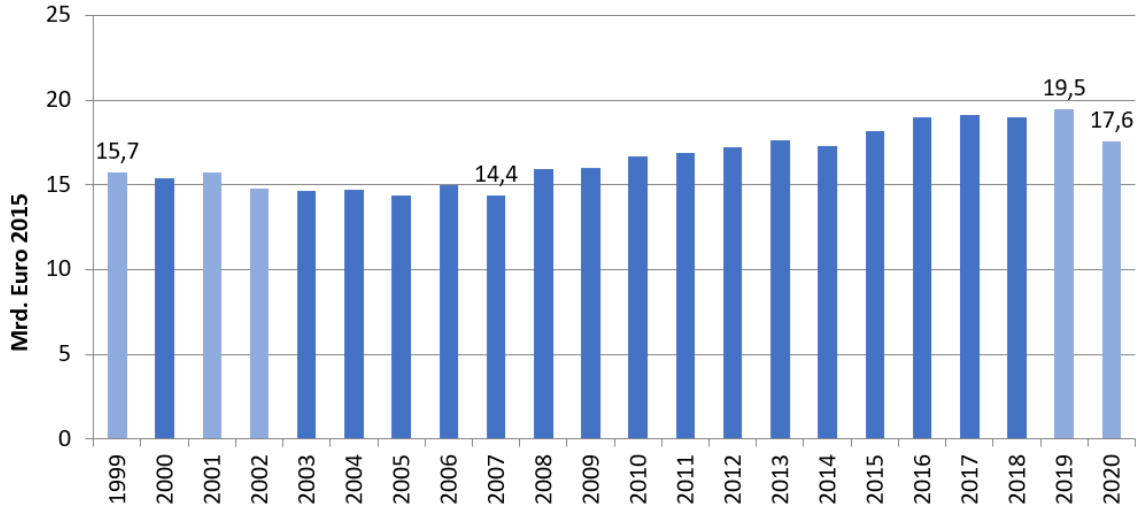
Dazu **Barbara Fuchs**, wirtschaftspolitische Sprecherin der Landtags-Grünen: „Ein hohes Bruttoinlandsprodukt bedeutet nicht automatisch, dass die Menschen in Bayern vom Wachstum profitieren. Hier ist der Regionale Wohlfahrtsindex eine wichtige Orientierungshilfe: Er nimmt Größen abseits des reinen Wirtschaftswachstums in den Blick. Die Staatsregierung sollte sich die aktuellen RWI-Ergebnisse jetzt gut anschauen und dafür sorgen, dass der wirtschaftliche Wohlstand auch endlich bei der gesamten bayerischen Bevölkerung ankommt.“

München, 24. Oktober 2022

Katharina Schulze
MdL, Fraktionsvorsitzende
Bündnis90/Die Grünen im Bayerischen Landtag

Barbara Fuchs
MdL, wirtschaftspolitische Sprecherin,
Bündnis90/Die Grünen im Bayerischen Landtag

K18: Kosten durch Treibhausgase



K18: Kosten durch Treibhausgase

